

Abo-nementpreis

Bei den Hauptpreisen über den im Stoff-
heft und den Begegnungen erschienenen Auf-
gaben sind abgeholte viermal jährlich 44.-50.
Bei gleichmäßiger täglicher Ausübung ist
dies 4.-50. Durch die Post bezogen für
Deutschland und Österreich: viermal jährlich
4.-50. Direkte tägliche Ausübung
ist Zustand: monatlich 4.-50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich 1/2 Uhr,
die Abend-Ausgabe Nachmittag 6 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Johannesstraße 8.

Die Expedition ist Werkstatt ausserordentlich
geöffnet von früh 8 bis spät 7 Uhr.

Filialen:

Otto Stumm's Sortim. (Wihel Oder).
Universitätsstraße 1.

Kontor Würzburg.

Ritterstraße 14, post. und Postbüro 7.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 405.

Dienstag den 9. August 1892.

Politische Tagesschau.

Leipzig, 9. August.

Bütt Bismarck hat in Jena die Notwendigkeit erörtert, die verschiedenen politischen Faktoren zu ihrem Rechte kommen zu lassen. Wenn die Bevölkerung dieser Regierung noch einer Begrüßung bedarf, so wäre sie in einer Ausübung der "Pflicht" gegeben, in der das sehr wohl informierte Blatt die Befürchtung ausspricht, die "leitenden Kreise" seien wieder stark gegen die Mittelparteien eingetreten.

Die "Pflicht" stützt ihre Behauptung auf die von den Offiziellen fortwährend aufgestellte Behauptung, daß der Reichstagswahl von den Mittelparteien angegriffen werde. Die Gefahr, daß die einseitige Sorge, sich nicht mitteileparteilich treiben zu lassen, das Regierungsdienst wieder in Strömungen hineintröhren läßt, welche es auf die gefährlichsten Klippen führen, wäre nicht abzuweichen, wenn man annehmen müßte, diese offiziösen Aussagenen spiegelten die Auffassung von Regierungskreisen wider". Das von Offiziellen wirklich die Auffassung eingelegte steht nicht. Es ist aber genug nicht nur die Stellung der Mittelparteien gegen den Reichskanzler, mit der "eingeworfen" werden soll, die Erzeuger der Sertierung, das Thron und Altar durch die mittelparteilichen "Atheisten" in Gefahr seien, sind offenbar wieder eng an der Arbeit. Mit anderen Worten: die Konservativen, die Partei, die kleinste verfaßt-zusammengesetzte Befürworter zum Rethen und Thaten haben, trachten wieder Übermacht zu bekommen. Deutlich wird die Versicherung der "Pflicht", daß jene offizielle Befürwortungen falsch seien, nicht viel nötig. Inszeniere aber die Lebten des Fürsten Bismarck, wenn sie beherzt werden. Wenn der frühere Kanzler nachdrücklich auf die Notwendigkeit hingewiesen hat, die Sicherung des Reichstags zu beobachten, so hat ihm, wie wir nicht zweifeln, die Pflichtigkeit der Hoffnungspolitiker vorgeschwebt, die einerseits ohne Verantwortlichkeit falsche politische Berichte vortragen, andererseits falsche Berichtigungen von dem Zug der öffentlichen Meinung erwidern. Wenn die leitenden Männer nicht selbst in der Verteidigung, den Pausen der Nation zu führen, so ist das einzige Mittel - vielleicht nach der wahren Meinung des Fürsten Bismarck der einzige Notbehelf -, den Volkswillen zu ermitteln, das Parlament, das allerdings, wie der Altmann ausführt, noch anderen Gesichtspunkten, als es bis jetzt gehabt, gewidmet werden müßte. Es ist hinderlich, den kleinen Fürsten in seinem freudigen Verhalten zum Parlament und in seinen jetzigen Ausführungen über das alte Widersprüche nachzuweisen. Aber auch hinderlich! Herr von Bismarck-Schubert ist 1862 von Paris nach Berlin gekommen, um die Monarchie vor einem intranazionalen Parlament zu schützen, und diese Aufgabe war noch 1866 und 1871 nicht gelöst. Heute gilt es, die Monarchie vor, sagen wir, dem Hof zu schützen. Selbstverständlichkeit, daß er auf den in entgegengesetzten Positionen befindlichen Gegner mit verdeckter Front vorzugehen empfiehlt.

Bei den bevorstehenden Erfolgswahlen zum Reichstag bietet das Zentrum in zwei nahe bei einanderliegenden Wahlkreisen wieder einmal das Schauspiel seiner unterverschieden wahlstümlichen Besiedeltheit, nämlich in den beiden schlesischen Wahlkreisen Böwitzberg und Sagan. In beiden Wahlkreisen hat das Zentrum seine Rückstufe, mit eigenen Kandidaten durchzuführen, was sicher auch nicht verhindert wird, wohl aber können die ultramontanen Wähler, namentlich in dem Wahlkreis Löwenberg, bei den Stichwahlen entscheidend ins Gewicht fallen. Die beiden, den Parteiverhältnissen nach ziemlich ähnlich zusammengesetzten Wahlkreise waren jemals unter wechselnder Mithilfe des Zentrums, deutschfreimann vertreten. Jetzt hat das Zentrum beschlossen, im Wahlkreis Löwenberg den konservativen, in Sagan den deutschfreimannischen Kandidaten zu unterstützen. Kann man die Gegenseite innerhalb einer Partei drastischer zum Ausdruck bringen, als

es hier in der allernächsten Nachbarschaft bei wesentlich gleichartigen Begegnungen geschieht? Und eine solche Partei, die unauslöschlich zwischen den äußersten Rechten und den äußersten Linken unterschaut, soll ein zuverlässiger politischer Faktor sein!

In Österreich sind das Ausscheiden des tschechischen Landesministers Pragl aus dem Cabinet und die Verleihung von Aufzeichnungen an deutschliberale Parteiführer nicht die einzigen Zeichen geblieben, welche eine Drehung der Wirkung in den Regierungskreisen anzeigen. Wie schon vieler Tage die "Narren-Pflicht" meckerte und hoffte von anderer Seite bestätigt wird, hat der Staatskanzler in Battenberg gegen den Abg. Eduard Greig, Spinoz und Pragl wegen Bergungs der Aufzeichnung durch Reiter in den Meeting der Junggesellen die gerechte Unterstellung eingesetzt. Offenbar die österreichische Regierung eingesetzt, das sie sich, den Notwendigkeit der gründeten parlamentarischen Regierung bewußt, die österreichischen Angelegenheiten nicht betreut. Die französischen Blätter schließen daraus, daß die Reise des Generals nicht bloß den zufälligen Mannen diene, daß Baudissel vielleicht mit einer politischen Sondierung in Petersburg betraut sei. Auch die begeisterten Russenfreunde glauben nicht an die Möglichkeit, daß Baudissel mit einem vom Kaiser unterschriebenen Bündnis-Vertrag zurückkehren werde; einige Blätter sind daher an die glorreiche Idee verfallen, Baudissel habe die Aufgabe, wenigstens eine Verständigung, bereit zu stellen, die Operation der österreichischen Heere aufzunehmen. Gleichzeitig erinnert sich das Ministerium Tassie zu immer entschiedener Sprache der österreichischen Kurie gegenüber. So wird heute aus Wien

genau wie gestern wieder eng an der Arbeit. Mit anderen Worten:

„Hinzuweil auf die französische und tschechische

Haltung des Preises führt die offizielle „Montezuma“ aus;

Was andere Regierungen wahrnehmen, daß der Kaiser von der

Notwendigkeit der französischen Republik in ähnlichen Dingen

diese gegenüber das große Interesse nehmen, während die

übrigen Regierungen nichts tun, obwohl sie ebenfalls

die gleiche Notwendigkeit haben, die französische Regierung

zu unterstützen, so kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der

Österreicher schicken, um die französische Regierung

zu unterstützen, und ebenso kann die französische Regierung

die französische Regierung nicht nach dem Willen der